



BERLIN INFO für die Sitzungswoche vom 28.11.-02.12.2022

- Urteil zum Polizistenmord
- Verlängerung Antragsverfahren Flutkatastrophe
- Namentliche Abstimmung zu CETA
- Studierenden-Energiepreispause und Debatte um Strom- und Gaspreisbremse
- Antrag - „Energiesoli - Dax-Manager und Minister zur Kasse“
- Namentliche Abstimmung und Antrag Beschleunigung des Braunkohleausstiegs im Rheinischen Revier
- Holodomor in der Ukraine
- Antrag - Istanbul-Konvention vorbehaltlos umsetzen
- Antrag - Beschaffung von Löschflugzeugen für die Waldbrandbekämpfung
- Antrag - Keine Abschiebungsoffensive - Für ein wirksames Bleiberecht
- Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes – Deutschnachweise beim Ehegattennachzug
- Antrag - Das kommunale Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten nach einem verpassten Jahr wiederherstellen

Liebe Genossinnen und Genossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Kurz etwas zum Urteil zum Polizistenmord in Rheinland-Pfalz, das ja am Mittwoch gefällt wurde: Immer noch bin ich über die Tat erschüttert. Kein Urteil kann das Geschehene rückgängig machen. Und daher gibt es für sowas auch kein gerechtes Urteil. Ich bin froh, dass das Urteil an die Grenzen des Möglichen geht. Und man kann nur hoffen, dass der Hauptangeklagte nie mehr in die Freiheit entlassen wird.

Und ich freue mich, dass parteiübergreifend viele Gespräche, Infos, Druck von Seiten der Kommunen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen endlich dazu geführt haben, dass das Antragsverfahren für die Geschädigten der Flutkatastrophe von 2021 von der Bundesregierung um drei Jahre verlängert wurde! Ohne diese Verlängerung wäre in vielen Bereichen die dringend notwendige Unterstützung ausgeblieben.

Namentliche Abstimmung zum Transatlantischen Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) - Seit fünf Jahren ist CETA auf EU-Ebene in Kraft und richtet Schaden an. Die Ampel hat den Handelsvertrag mit Kanada nun auch auf nationaler Ebene ratifiziert, damit auch die intransparenten Sonderklagerechte für Konzerne umgesetzt werden können. DIE LINKE hat dagegen gestimmt!

Studierenden-Energiepreispauschale und Debatte um Strom- und Gaspreisbremse - Am Donnerstag hat der Bundestag die Studierenden-Energiepreispauschale beschlossen. Eine Einmalzahlung von 200 Euro reicht nicht. Wir brauchen langfristige Unterstützungen! Dietmar Bartsch ging in seiner Rede auf die Strom- und Gaspreisbremse der Ampel ein. Sie sei Umverteilung von unten nach oben und ein Katalysator für die soziale Ungleichheit im Land. [[Rede](#) von Dietmar Bartsch]

Antrag - Energiesoli für Spitzenverdienende: Vorschlag der Wirtschaftsweisen umsetzen – Um aktuelle Belastungen abzufedern, wurde die Schuldenbremse ausgesetzt, wodurch Entlastungen ermöglicht wurden. Da die Schuldenbremse im kommenden Jahr aber wieder gelten soll, wurden die haushaltspolitischen Spielräume limitiert. DIE LINKE thematisiert die fehlende Gerechtigkeit bei der Einkommenssteuer und fordert die Maßnahme eines Energiesolidaritätszuschlags. [[Antrag](#)]

Namentliche Abstimmung und Antrag zum Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Braunkohleausstiegs im Rheinischen Revier - DIE LINKE hat den Gesetzentwurf abgelehnt. Der beschleunigte Kohleausstieg ist grundsätzlich zu begrüßen, verstärkt aber gerade für die Kommunen die großen Herausforderungen, die der Strukturwandel mit sich bringt. Daher müssen die Kommunen stärker unterstützt werden. [[Antrag](#)]

Holodomor in der Ukraine - Selbstverständlich verurteilen wir als LINKE auch den Holodomor klar als entsetzliches stalinistisches Verbrechen. In dem Antrag der Koalition geht es aber nicht nur um eine Stärkung des Erinnerns und Gedenkens an die Opfer, sondern um die moralische Absicherung einer vordringlich auf das Militärische ausgerichteten Politik im Ukrainekrieg, für die die Erinnerung an Verbrechen des Stalinismus instrumentalisiert wird. [[Statement](#)]

Antrag - Istanbul-Konvention vorbehaltlos umsetzen - Obwohl die rechtlich bindende Istanbul-Konvention, das „Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ bereits seit dem 1. Februar 2018 in Deutschland in Kraft ist, ist bisher noch viel zu wenig zur ihrer Umsetzung geschehen. Wir fordern, die Istanbul-Konvention unverzüglich vorbehaltlos umzusetzen und hierzu die notwendigen Strukturen zu schaffen. [[Antrag](#)]

Antrag - Beschaffung von Löschflugzeugen für die Waldbrandbekämpfung - Im Sommer 2022 gab es so viele Waldbrände wie noch nie in Deutschland. Mehrere tausend Feuerwehrleute und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer des THW waren im Einsatz, um Wald- und Flächenbrände zu bekämpfen. Wir fordern die Bundesregierung u.a. auf, ein einheitliches europäisches Konzept zur Bekämpfung von Waldbränden vorzulegen und Löschflugzeuge anzuschaffen. [[Antrag](#)]

Antrag - Keine Abschiebungsoffensive - Für ein wirksames Bleiberecht - Die Ampel-Koalition hat eine "Rückführungsoffensive" vereinbart - erforderlich ist jedoch das genaue Gegenteil: Viele Abschiebungen sind, auch infolge zahlreicher Gesetzesverschärfungen,

humanitär und/oder rechtsstaatlich untragbar. Es braucht ein wirksames Bleiberecht und Humanität im Umgang mit abgelehnten Schutzsuchenden. [[Antrag](#)]

Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes - Deutschnachweise beim Ehegattennachzug - Seit 2007 müssen ausländische Ehegatten im Ausland einen Deutsch-Test bestehen, um zu ihren hier lebenden Angehörigen nachziehen zu können.

Tausende Ehegatten werden dadurch zwangsweise voneinander getrennt. Diese diskriminierende Einschränkung des Rechts auf Familienleben will DIE LINKE beseitigen. [[Antrag](#)]

Antrag - Das kommunale Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten nach einem verpassten Jahr wiederherstellen - Das Urteil des Bundesverwaltungsgericht Leipzig, das die gängige Praxis des kommunalen Vorkaufsrechts zum Schutz der angestammten Wohnbevölkerung kippte, jährte sich am 9. November zum ersten Mal. Die Wiederherstellung ist eilig, denn seither sind bereits viele Immobilienverkäufe geschehen, die Kommunen können Spekulation und Verdrängung nicht verhindern. [[Antrag](#)]

Weitere Infos wie immer auf meiner [Webseite](#) und im [Newsletter](#) der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

Mit solidarischen Grüßen



Euer Alexander